



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 14. Juni 2024 |

Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hat im Deutschen Bundestag eine beeindruckende Rede gehalten. Mit den Worten „Ich danke dir, Deutschland“ würdigte er das deutsche Engagement und beschwor den Verteidigungswillen seines Landes angesichts des seit über 800 Tagen andauernden russischen Angriffskrieges. Diese Rede fand im Umfeld der in Berlin stattgefundenen Ukraine Recovery Conference statt. Die Proklamation der Bundestagspräsidentin, wonach die Zukunft der demokratischen und freien Ukraine in EU und Nato liege, wurde mit breitem Applaus aus meiner Fraktion begleitet. Der ukrainische Staatspräsident erinnerte daran, dass das geteilte Europa niemals friedlich und das geteilte Deutschland niemals glücklich gewesen sei. Er verband dies mit einem starken und überzeugenden Bekenntnis zu einem Kontinent ohne Krieg, auf dem souveräne Staaten in Frieden und Freiheit miteinander leben. Eine Botschaft, deren Vernehmung auch den Radikalen im Parlament ein wichtiger politischer Bildungsbeitrag gewesen wäre, hätten sie nicht in schäbiger Weise diese Rede boykottiert.

Das demonstrative Fernbleiben und die Herabsetzungen durch die Extremisten der AfD sowie die Wagenknecht-Gruppe empören mich sehr. Ihr Abschneiden bei der Europawahl und ihre Umfragewerte angesichts der Landtagswahlen im Osten der Republik müssen Weckrufe für jeden aufrechten Demokraten sein, für die Handlungs- und Regierungsfähigkeit in allen Teilen unseres Gemeinwesens einzutreten. Ich finde, dass die Wählerinnen und Wähler der Ampel am vergangenen Sonntag ihren Willen zu einem grundlegenden Politikwechsel in Deutschland eindeutig zu verstehen gegeben haben. Befremdlich sind die oberflächlichen Erklärungsversuche insbesondere aus den Reihen der SPD, die wahlweise die Flucht auf die Metaebene sucht, ihre Koalitionspartner diffamiert oder in eine trotzig „SPD-pur“-Haltung verfällt. Wir setzen einen klaren Kontrapunkt. Auch in dieser Woche haben wir uns mit konstruktiven Vorschlägen in aktuellen Fragestellungen eingebracht, um unserem alternativen Politikangebot an die Bürgerinnen und Bürger inhaltlich Aus- und Nachdruck zu verleihen.

Herzliche Grüße, Ihr Markus Koob



Schwerpunkte dieser Ausgabe

- Neue Grundsicherung statt Bürgergeld
- Lieferkettengesetz aussetzen
- Die Zukunft des Fliegens auf der ILA 2024
- Gute Nachricht der Woche: Humboldtschule in Berlin geehrt

Neue Grundsicherung statt Bürgergeld.

Die Ampel-Politik ist am vergangenen Sonntag deutlich abgestraft worden. Die Regierungskoalition muss jetzt dringend eine Politikkorrektur einleiten. Eine der Lehren: Viele Menschen haben den Eindruck, dass sich Arbeit nicht mehr für alle lohnt und die Fleißigen bestraft werden. Neue Zahlen der Bundesagentur für Arbeit veranlassten uns, das Bürgergeld in dieser Sitzungswoche zum Gegenstand einer „Aktuellen Stunde“ zu machen. Das Bürgergeld hat nicht dazu beigetragen, die Zahl der Arbeitslosen zu senken. Im Gegenteil: Die Zahl der Bürgergeldempfänger steigt an und hat einen neuen Höchststand erreicht. Im Mai gab es mehr als 4 Millionen Bürgergeldempfänger. Das sind 82.000 Personen mehr als im Vorjahr. In Deutschland sind 7,3 Prozent der Personen im erwerbsfähigen Alter Empfänger von Arbeitslosengeld oder Bürgergeld. Zugleich meldet die Bundesagentur für Arbeit 702.000 offene

Arbeitsstellen. **Standpunkt:** *Wir stellen dem gescheiterten Bürgergeld unser Konzept der „Neuen Grundsicherung“ gegenüber. Wir sind der Überzeugung: Gute Sozialpolitik macht eine Gesellschaft stark und widerstandsfähig. Sie hilft den tatsächlich Bedürftigen und setzt zugleich Anreize, dass jeder sich mit seinen Talenten und Fähigkeiten bestmöglich einbringen kann. Schlecht gemachte Sozialpolitik bewirkt genau das Gegenteil: sie alimentiert und lähmt die Eigenständigkeit. Sie frustriert die Fleißigen und schwächt damit die Bereitschaft zur Solidarität.* •

Lieferkettengesetz aussetzen.

Bundesminister Robert Habeck hat sich kürzlich in einer Rede vor den Familienunternehmen dafür ausgesprochen, das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (Lieferkettengesetz) für zwei Jahre auszusetzen. Seine Ankündigung aufnehmend, haben wir ihm mit einem Gesetzesentwurf die Gelegenheit gegeben, seinem eigenen Vorschlag auch mit entsprechendem Stimmverhalten Ausdruck zu verleihen. Das deutsche Lieferkettengesetz vom 16. Juli 2021 verpflichtet seit dem 1. Januar 2023 Unternehmen ab einer bestimmten Größe, Sorgfaltspflichten in Bezug auf menschenrechtliche oder umweltbezogene Risiken in ihren Lieferketten zu beachten. Im Sommer 2024 hat die EU eine EU-weite Lieferkettenrichtlinie beschlossen. Diese ist innerhalb von zwei Jahren in deutsches Recht umzusetzen. Sie geht in verschiedenen Bereichen über das Lieferkettengesetz hinaus (u.a. erweiterte Sorgfaltspflichten, zivilrechtliche Haftung, andere Unternehmensgrößen).

Standpunkt: *Es hat keinen Sinn, an den Verpflichtungen aus dem deutschen Lieferkettengesetz festzuhalten, während sich die Unternehmen bereits auf die neuen Verpflichtungen aus der Europäischen Lieferkettenrichtlinie vorbereiten. Diese vermeidbare Mehrbelastung hätte einen nicht gerechtfertigten Wettbewerbsnachteil deutscher Unternehmen auf dem internationalen Markt zur Folge. Die Aussetzung ist der richtige Weg, sie wäre ein einfacher und dringend erforderlicher Beitrag zum Abbau von Bürokratie. Es braucht jetzt sofort ein Belastungsmoratorium, damit die deutsche Wirtschaft aus der Krise findet.* •

Die Zukunft des Fliegens auf der ILA 2024.

Alle zwei Jahre öffnet die Internationale Luft- und Raumfahrttausstellung Berlin ihre Tore. Unter dem Motto "Pioneering Aerospace" drehte sich in der vergangenen Woche alles um die Zukunft und Faszination der Luft- und Raumfahrt. Die ILA ist als die Leitmesse der Branche eine herausragende Austauschplattform für Industrie, Forschung, Wissenschaft, Streitkräfte und Politik. In besonderem Fokus standen die Themen klimaneutrales Fliegen - die sogenannte "Energiewende am Himmel" - sowie Sicherheit und Souveränität sowie der Nutzen der Raumfahrt für die Menschheit.



Obligatorisch war für mich der Besuch am Stand von Rolls-Royce - einem der weltweit führenden Hersteller von Triebwerken und anderen Luftfahrtkomponenten, das in Oberursel mit einem starken Standort vertreten ist. Mit dem Antrieb für den Loyal Wingman - einem unbemannten Kampfflugzeug - und der Wartung der Triebwerke des neuen schweren

Transporthubschraubers der Luftwaffe, dem CH-47 Chinook.

Vielen Dank für den spannenden Austausch! •

Im Gespräch mit somalischem Präsidentenberater.

Am Rande dieser Sitzungswoche hatte ich die Freude mit dem Kommunikationsberater des somalischen Präsidenten, Mohamed Adan Mohamed, zu einem Gespräch zusammenzukommen. Neben den geopolitischen Entwicklungen am Horn von Afrika war der Staatsaufbau Deutschlands für Herrn Mohamed von großem Interesse.



Somalia ist das östlichste Land des afrikanischen Kontinents und hat knapp 17 Millionen Einwohner. Das Land ist seit dem Ausbruch des Somalischen Bürgerkriegs ab 1988 von massiven Fliehkräften bedroht. Im Nordwesten des Landes spaltete sich der De-facto-Staat Somaliland ab, der jedoch international nicht anerkannt wird.

Große Teile der südlichen Landeshälfte werden von der islamistischen al-Shabaab-Terrormiliz beherrscht, sodass die Zentralregierung in der Hauptstadt Mogadischu nicht die komplette Kontrolle über das eigentliche somalische Staatsgebiet ausüben kann.

Seit 2012 befindet sich das Land in einem Übergangsprozess zu einer Bundesrepublik – eine neue Verfassung soll ebenfalls verabschiedet werden. •

Zwei Praktikanten gewinnen neue Eindrücke

In den vergangenen zwei Wochen erhielten mein Büroteam und ich tatkräftige Unterstützung von zwei Praktikanten aus meinem Wahlkreis. Julia und Luis gewannen zahlreiche spannende Eindrücke vom Berliner Politikbetrieb – neben dem Bundestag konnten sie auch hinter die Kulissen des Bundesrats und des Bundeskanzleramts blicken.



Danke für Euer Interesse am Deutschen Bundestag und für Eure Arbeit in meinem Büro – alles erdenklich Gute für Euren weiteren Lebensweg! •

Die gute Nachricht der Woche Humboldtschule in Berlin ausgezeichnet.

Schulen in ganz Deutschland engagieren sich aktiv für den Klimaschutz, indem sie beispielsweise Energie-spar-Challenges ins Leben rufen, den Ausbau von Solaranlagen vorantreiben und sich für eine klimaneutrale Energieversorgung ihrer Schulgebäude einsetzen. Diese Initiativen dienen nicht nur dazu, den eigenen CO₂-Ausstoß zu minimieren, sondern inspirieren auch andere Schulen und Gemeinschaften, sich ebenfalls für den Klimaschutz zu engagieren.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz hat die Energiesparmeister aus den einzelnen Bundesländern heute Vormittag ausgezeichnet. Aus meinem Wahlkreis wurde die Humboldtschule Bad Homburg als Energiesparmeister Hessen geehrt! Bei der Preisverleihung habe ich die Urkunde gerne mitüberreicht und meine Anerkennung für dieses beispielgebende Engagement gezollt. •